

Dr. Otmar Bernhard, MdL

Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

Rosenkavalierplatz 2
81627 München

Telefon 089 9214 – 2200
Telefax 089 9214 – 2266
E-Mail: st@stmugv.bayern.de
www.otmar-bernhard.de
E-Mail: mail@otmar-bernhard.de

Bezirksgeschäftsstelle der CSU München

Adamstr. 2
80636 München

Telefon 089 121 53 70
Telefax 089 18 60 45
E-Mail: Muenchen@csu-bayern.de

Rechenschaftsbericht

über die politische Arbeit in der bisherigen

15. Legislaturperiode des Bayerischen Landtages

vorgelegt anlässlich der Nominierungsversammlung der CSU im
Stimmkreis München-Pasing am 24. Juli 2007 von

Dr. Otmar Bernhard, MdL

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i>	3
<i>Arbeitsschwerpunkte und Funktionen bis zum 29. November 2005</i>	4
<i>Staatssekretär: Politik für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz</i>	5
<i>Politische Themen</i>	6
<i>Politik für München</i>	6
<i>Einsatz für den Münchner Westen</i>	6
<i>Auswahl der den Münchner Westen betreffenden Themen</i>	7
<i>A99, West und Südring</i>	7
<i>Transrapid vom Münchner Hauptbahnhof zum Flughafen</i>	8
<i>2. S-Bahn Stammstrecke, U5 Verlängerung nach Pasing und Freiam</i>	8
<i>Ausbau Bahnhof Pasing</i>	9
<i>Mobilfunksendeanlagen</i>	9
<i>Sonderflughafen Oberpfaffenhofen</i>	10
<i>Anträge im Bayerischen Landtag</i>	11
<i>Pressespiegel</i>	13
<i>Pressemitteilungen</i>	13
<i>Was war sonst noch?</i>	13
<i>Was mich wirklich freut</i>	13
<i>Dank</i>	13

Vorwort

Sehr geehrte Delegierte,
Liebe interessierten Mitglieder der CSU im Münchner Westen,

mit diesem Rechenschaftsbericht möchte ich Ihnen in einer schriftlichen Kurzfassung einen Überblick über meine Arbeitsschwerpunkte und Funktionen während der 15. Legislaturperiode im Bayerischen Landtag und meiner Tätigkeit als Staatssekretär geben.

Außerdem finden Sie eine Zusammenfassung der maßgeblichen Themen sowie einen Pressespiegel der letzten Jahre.

Die Legislaturperiode hat mit der erfolgreichen Landtagswahl 2003 begonnen. Ich konnte den Stimmkreis München-West Pasing mit rund 53,3 % der Erststimmen gewinnen (Zuwachs seit 1990 mehr als 8 %, bestes Stimmergebnis in München). Sie endet mit der Neuwahl des bayerischen Landtags im September 2008.

Mit der Wahl zum Bezirksvorsitzenden der CSU München und insbesondere der Ernennung zum Umweltstaatssekretär haben sich meine Arbeitsschwerpunkte ein Stück weit weg von der parlamentarischen Arbeit hin zur Regierungsverantwortung verändert. Gleichzeitig, und das ist mir ausgesprochen wichtig, habe ich die Wahlkreisarbeit unverändert fortgeführt.

Ich bedanke mich recht herzlich für Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung in den letzten Jahren und ich würde mich sehr freuen, wenn Sie meine Kandidatur für eine weitere Periode im bayerischen Landtag und im bevorstehenden Wahlkampf unterstützen würden.

Ihr
Landtagsabgeordneter

Dr. Otmar Bernhard



Dr. Otmar Bernhard, MdL
Staatssekretär im Bayerischen
Staatsministerium für Umwelt,
Gesundheit und Verbraucherschutz

Arbeitsschwerpunkte und Funktionen bis zum 29. November 2005

Am 29. November 2005 wurde ich zum Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz berufen.

Als Mitglied der Bayerischen Staatsregierung schied ich gleichzeitig aus den Funktionen innerhalb der CSU-Landtagsfraktion aus und gab meinen Sitz im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ab. Gemäß dem Ministergesetz bin ich seither auch nicht mehr als Rechtsanwalt tätig. Was zeitlich auch gar nicht möglich wäre.

Von Beginn der 15. Legislaturperiode bis zum 29. November 2005 hatte ich folgende Funktionen inne:

- stellvertretender Vorsitzender der CSU Landtagsfraktion (zuständig für die Wirtschafts- und Finanzpolitik, vielfältige Vertretung des Fraktionsvorsitzenden Joachim Herrmann)
- Schatzmeister der Fraktion (zuständig für einen Haushalt von rund 4 Mio. Euro)
- Vorsitzender der interfraktionellen Diätenkommission
- Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen (unter anderem Berichterstatter für den Haushalt des Bayerischen Ministerpräsidenten, der Staatskanzlei und des Bayerischen Staatsministers für Bundesangelegenheiten und Europafragen)
- Beauftragter des Geschäftsführenden Fraktionsvorstandes für die Zusammenarbeit mit dem Präsidium des Bayerischen Landtages
- Außerdem bin ich seit Beginn der Legislaturperiode wieder Vorsitzender der Münchner Landtagsabgeordneten

Neben der gesamten Bandbreite der Landespolitik habe ich mich in der laufenden Legislaturperiode unter anderem mit folgenden politischen Fragen und Aufgaben besonders befasst:

- Der Bayerische Staatshaushalt ohne einen Euro neue Schulden
- Verwaltungsreform im Zuge der Regierungserklärung vom 06.11.2003; insbesondere bezüglich der in München angesiedelten Behörden (Bayerisches Geologisches Landesamt, Landesamt für Umwelt, Landesamt für Materialprüfung)
- Einführung des G 8 in Bayern
- Hochschulreform in München
- Verlagerung der Innenstadtkliniken
- Studienbeiträge
- Transrapid
- 2.-S-Bahn Stammstrecke

Staatssekretär: Politik für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

Als Mitglied der Staatsregierung nehme ich an den Sitzungen des Bayerischen Kabinetts mit Sitz und Stimme teil. Auch hier habe ich selbstverständlich auf die „Münchner Themen“ ein besonderes Augenmaß.

Zum anderen unterstütze ich Staatsminister Werner Schnappauf bei der Erledigung der vielfältigen interessanten Aufgaben im Ressort. An politischen Themen mit medialer Aufmerksamkeit mangelte es in den letzten 16 Monaten wahrlich nicht. JJ1, Gammelfleisch, Vogelgrippe, Gentechnik, Feinstaub und Nichtrauchergesetz, um nur Stichworte zu nennen.

Als Münchner habe ich mich insbesondere den Themen des Umwelt- und Verbraucherschutzes in der Großstadt angenommen. (Isar-Plan, Verkauf der Nordheide, Gesundheitspolitik in München, Umweltzone, Umweltpolitisches Konzept für München etc.)

Für die Staatsregierung begründete ich in Vertretung von Staatsminister Werner Schnappauf vor dem Landtagsplenum folgende Gesetzesentwürfe:

- Gesetzesentwurf der Staatsregierung; zur Änderung des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes und des Heilberufe-Kammergesetzes (15.12.2005)
- Gesetz der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Bodenschutzgesetzes und des Bayerischen Abfallwirtschaftsgesetzes (Drs. 15/4598) (01.02.06)
- Gesetzesentwurf der Staatsregierung: Bayerisches Umweltinformationsgesetz (BayUIG) (Drs. 15/6843) (29.11.06)
- Gesetzesentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Gesetzes zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes (Drs. 15/5659) (29.11.06)
- Gesetzesentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes (Drs. 15/6053) (29.11.06)

Des Weiteren beantwortete ich für die Staatsregierung eine Vielzahl von Anfragen an die Staatsregierung im Plenum des hohen Hauses, welche in den Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz fielen. Sämtliche Antworten können zum einen in den Plenarprotokollen nachgelesen werden, als auch per Podcast angesehen werden unter www.bayern.landtag.de.

Dem Umweltausschuss des Bayerischen Landtags berichtete ich was folgt:

- Bericht zur Feinstaubsituation in Bayern (09.03.2006)
- Vorstellung des Jahresberichts 2005 der Gewerbeaufsicht des Freistaates Bayern (22.06.06)
- Anlässlich der Interpellation Drs. 15/5263 nahm ich zur Umsetzung der Alpenkonvention in Bayern mündlich Stellung (05.07.06)
- Bericht zum „Endgültigen Bericht über einen Inspektionsbesuch in Deutschland vom 22. bis 27. September 2006“ des europäischen Lebensmittel- und Veterinärarnamtes FVO (Drs. 15/7515) (22.03.07)

Als Umweltstaatssekretär wurde ich zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Gesellschaft zur Altlastenentsorgung in Bayern mbH (GAB) berufen. Die GAB unterstützt Gemeinden fachlich und finanziell bei der Sanierung industriell/gewerblicher Altlasten und Hausmülldeponien. <http://www.altlasten-bayern.de/>

Ebenso bestellt wurde ich zum Aufsichtsratsvorsitzenden der GRB (GRB-Sammelstelle Bayern für radioaktive Stoffe GmbH), zum Vorsitzenden der Nationalpark-Beiräte Berchtesgaden und Bayerischer Wald, sowie zum Vorsitzenden des Präsidiums der ANL (Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege).

Politische Themen

Politik für München

Als Münchner Abgeordneter kümmere ich mich besonders auch um die Schnittstellen der Landes- und Kommunalpolitik, unter anderem:

- Schulfinanzierung, Finanzierung der kommunalen Schulen, Gastschulbeiträge
- Kommunaler Finanzausgleich
- Wohnungsbau und Mieten (z.B. Gestaltung der Ballungsraumzulage, Regionalisierung der Eigenheimzulage, Haushaltsmittel für den Wohnungsbau)
- Nahverkehr; Umsetzung des Finanzierungsvertrages für den Ausbau der Stammstrecke und der Aussenäste der S-Bahn im Raum München
- Eindämmung der kommunalen Wirtschaftstätigkeit insbesondere in München zu Lasten des Handwerks und des gesamten Mittelstandes
- Kommunale Daseinsvorsorge

Einsatz für den Münchner Westen

Der Einsatz für den Münchner Westen ist für mich als Stimmkreisabgeordneter ein zentrales Arbeitsfeld. Ich habe mich auch in der laufenden Legislaturperiode intensiv um die Gesamtdarstellung und den Transport der Politik der CSU vor Ort bemüht. Dazu gehört auch:

- die kontinuierliche Präsenz im vorpolitischen Raum einschließlich zahlreicher Schirmherrschaften etc.
- die Ansprache und Information von Zielgruppen
- die Aufnahme von Anliegen und Problemen
- die Durchsetzung lokaler Anliegen
- die Hilfe bei vielen Bürgeranliegen
- die Einladung von Gruppen aus dem vorpolitischen Raum in den Bayerischen Landtag
- und eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit (vergleiche anliegenden Pressespiegel)

Für folgende lokale Anliegen des Münchner Westens habe ich mich unter anderem besonders eingesetzt:

- Verlängerung des A 99 Tunnels in Aubing
- Erstellung einer Machbarkeitsstudie für den Bau eines Autobahnsüdrings von der A 96 zur Salzburger Autobahn
- Ausbau des der A 99 nachgeordneten Straßennetzes

- Schulpolitische Anliegen (Erweiterung und Sanierung von Schulen, Ausbau der Mittagsbetreuung)
- Sicherung der Zuschüsse des Freistaats für den U-Bahnbau nach Pasing, der von Rot/Grün schließlich abgelehnt wurde
- Optimierungsmaßnahmen für die Würm
- Intensive Begleitung der Diskussion um die Zulassung eines qualifizierten Geschäftsfliegerverkehrs in Oberpfaffenhofen.

Auswahl der den Münchner Westen betreffenden Themen

Ich möchte auf den momentanen Sachstand zu einzelnen den Münchner Westen und ganz München betreffende Themen, die auch mich in der 15. Legislaturperiode beschäftigt haben, eingehen. Dabei ist es für Sie sicherlich interessanter den momentanen Sachstand zu erhalten, als im einzelnen dargestellt zu bekommen wie ich mich für die Themen eingesetzt habe. Sie können aber versichert sein, dass ich mich zu allen Themen daran aktiv beteilige unsere Positionen deutlich zu machen und durchzusetzen.

A99, West und Südring

Mit der Eröffnung der A99 West, der Verbindung der A96 mit der A8 und insbesondere der A92 sowie weiter mit der A99 Ostumfahrung München, am 18.02.2006 ging auch unser größter politischer Erfolg „unter Verkehr.“ Die CSU hat über Jahrzehnte für diese Autobahn gegen alle Widerstände von Rot/Grün und der Landeshauptstadt München gekämpft und obsiegt. Bei der Eröffnung waren sich dann auch alle einig, welche positiven Wirkungen für den Verkehrsfluss insgesamt im Münchner Westen die Autobahn haben wird. Die Vorher-Nachher Verkehrszählungen im Auftrag der Autobahndirektion Südbayern und der Landeshauptstadt München, durchgeführt vom Büro Prof. Kurzak, haben die bis zu 50 %-ige Verkehrsabnahme im nachgeordneten Straßennetz belegt.

Bereits jetzt ist die A99 West zeitweise voll ausgelastet und es kommt zu vereinzelt Engpässen. Insbesondere im Bereich vor dem Tunnel Allach kommt es im morgendlichen Berufsverkehr zu Stauungen. Ich habe mich auch diesbezüglich an Innenstaatssekretär Schmid gewandt und eine Verbesserung dadurch erreicht, dass die Autobahndirektion unter anderem die Spurführung an den Ausfahrten verbesserte (Siehe Presseartikel „Die Feinstaubreduktionsmaßnahme Nr. 1“). Die Vorplanungen zum sechs spurigen Ausbau der A92 stehen an. Diese wurden zum Bundesverkehrswegeplan angemeldet. Absehbar ist, dass auch die A96 bis Oberpfaffenhofen langfristig auf sechs Spuren auszubauen ist. Damit steht meines Erachtens auch ein sechs spuriger Ausbau der A99 langfristig auf der Agenda. Die A8 wird bis Augsburg als PPP-Projekt ausgebaut.

Innenminister Dr. Beckstein hat nach dem Regierungswechsel im Bund beim Bundesverkehrsministerium die Zusage der Mitfinanzierung für die Machbarkeitsstudie zum Südring erwirkt. Der Bayerische Landtag hatte bereits in der 14. Legislaturperiode, auf meine Initiative hin, den Bund aufgefordert, seinen Finanzierungsteil für die Studie zu übernehmen, um die Studie in Auftrag geben zu können. Die Autobahndirektion hat die Ausschreibung durchgeführt und Innenminister Dr. Beckstein rechnet mit dem Vorliegen der Machbarkeitsstudie für Ende 2008. Gespannt bin ich insbesondere auf die Verkehrsprognose, welche eine der maßgeblichen Kriterien für die Entscheidung für oder gegen einen Südring sein dürfte. Für mich ist schon lange klar, dass der Südring nötig ist,

um den Verkehr um München herum zu führen und für den Mittleren Ring dieselbe Entlastung wie im Münchner Westen zu bewirken.

Transrapid vom Münchner Hauptbahnhof zum Flughafen

Ich trete ein für den Bau des Transrapids vom Münchner Hauptbahnhof zum Flughafen. Diese Strecke ist die letzte Möglichkeit das technologische Leuchtturmprojekt Transrapid in Deutschland zu realisieren. Wir wollen die Technik im eigenen Land in Aktion vorzeigen. Eine solche Referenzstrecke wird die Aufmerksamkeit für das Transportmittel auf Basis der Magnetschwebetechnik weiter wecken und die Exportchancen erhöhen. Auch aus verkehrlicher Sicht ist eine schnelle Verbindung von Hauptbahnhof und Flughafen von großer Bedeutung. Somit werden 300.000 Reisende jährlich, statt mit dem Auto, mit Zug und Transrapid zum Flughafen reisen. Dies hat die Verkehrsstudie von Prof. Kurzak aufgezeigt.

Zur Finanzierung ist zu sagen, dass alle Beteiligten, Freistaat Bayern, Bund, Flughafengesellschaft, Bahn, Industrie und EU, Anstrengungen unternehmen müssen. Endgültig über die Finanzierung und damit über den Bau entschieden wird letztendlich in einem Spitzengespräch bis 26. Juli.

Wichtig ist, dass die Mittel für den Transrapid eine eigene Haushaltsstelle darstellen, die eben nichts mit den so genannten Regionalisierungsmitteln zu tun hat. Mit Regionalisierungsmitteln finanziert der Bund den von den Ländern in Auftrag gegebenen Nahverkehr mit. Haushaltsmittel für den Transrapid stehen eben nicht 1:1 für eine Express-S-Bahn zum Flughafen zur Verfügung und würden erst deutschlandweit und dann bayernweit verteilt.

Zu beachten ist weiter, dass mit der 2. S-Bahn Stammstrecke bereits ein 2 Mrd. Projekt, finanziert zum Großteil mit Regionalisierungsmitteln, läuft. Es erscheint höchst unwahrscheinlich, dass zur 2. S-Bahn-Stammstrecke ein weiteres Großprojekt im Münchner Nahverkehr, eine wie immer geartete Express-S-Bahn zum Flughafen, aufgrund der Finanzierung in absehbarer Zeit durchsetzbar wäre.

2. S-Bahn Stammstrecke, U5 Verlängerung nach Pasing und Freiam

Nach der Verteuerung der Prognose für die Kosten des Baus der 2. S-Bahn-Stammstrecke steht das Projekt zunehmend in Frage. Zu bedenken ist dabei, dass das Projekt schon ein mal umgeplant wurde (die Zahl der Haltestellen wurde verringert), um im Kostenrahmen zu bleiben. Auch sollten Teile des nun auf Eis liegenden Umbaus des Hauptbahnhofes gleichzeitig der Strecke zu Gute kommen.

Ich plädiere weiterhin für die 2. S-Bahn-Stammstrecke. Ich sage aber gleichzeitig, dass, sollte eine 2. Stammstrecke nicht realisierbar sein, der Bau der U 5 nach Pasing umso dringlicher ist.

Denn auch eine U 5 über Pasing böte einen Ausgleich für Störungen in der S-Bahn Stammstrecke.

Ausbau Bahnhof Pasing

Ich begrüße die am 03.05.07 geschlossene Vereinbarung zur Finanzierung des barrierefreien Ausbaus im Pasinger Bahnhof. Der Freistaat Bayern, vertreten durch Wirtschaftsminister Erwin Huber, und die DB Station & Service AG, vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden Wolf-Dieter Siebert, haben nun eine von den Pasingern lang ersehnte Lösung gefunden. Ich danke dem Freistaat Bayern, dass er zu den bereits zugesagten 10,8 Mio. für die Umbaumaßnahmen an den S-Bahnsteigen weitere 6,5 Mio. zur Verfügung stellt. Diese federn die mit dem Unterhalt und dem Betrieb von Aufzügen und Rolltreppen anfallenden Mehrbelastungen für die DB AG ab. Mit diesem zusätzlichen Geld ist es nunmehr möglich, zeitnah im Interesse der Bürger endlich den gesamten Bahnhof Pasing barrierefrei auszubauen. Neben den insgesamt 17,3 Mio. durch den Freistaat Bayern hat auch der Bund für den barrierefreien Ausbau der Regional- und Fernbahnsteige einen Betrag in Höhe von rd. 12,1 Mio. in Aussicht gestellt. Baubeginn ist nunmehr April 2008 (S-Bahnsteige), mit den Regional- und Fernbahnsteigen wird ab Mai 2009 begonnen. Für diese Maßnahme habe ich jahrelang gekämpft.

Mobilfunksendeanlagen

Ich bin mit der Handhabung von Suchkreismeldungen der Mobilfunkanbieter durch die Landeshauptstadt München äußerst unzufrieden. Immer wieder zeigen Probleme in Einzelfällen wie zuletzt in Lochhausen auf, wie ineffizient das "Münchner Modell" ist. Ich kritisiere zum einen, dass insbesondere auf Betreiben Münchens der Bayerische Städtetag nicht dem Mobilfunkpakt II beigetreten ist. Dabei zeigt der Pakt die Ziele und Werkzeuge auf, um die Situation auch in der Landeshauptstadt München positiv weiterentwickeln zu können. Zum anderen sollte sich neben den Bezirksausschüssen das zuständige Referat für Gesundheit und Umwelt intensiver mit den Suchkreismeldungen fachlich auseinandersetzen und sich mit den Mobilfunkbetreibern um koordinierte Ergebnisse bemühen. Ich schlug dem OB dafür die Einrichtung eines Runden Tisches vor.

Augenblicklich werden in der Landeshauptstadt München die von den Netzbetreibern beim Referat für Gesundheit und Umwelt eingehenden Suchkreismeldungen an die Bezirksausschüsse weitergeleitet und nur dort behandelt. Die Bezirksausschüsse sind bei 611 einzelnen Anfragen pro Jahr organisatorisch nicht in der Lage, eine vorausschauende Stellungnahme zur Standortsuche in ihrem Bereich abzugeben. Dies ist absolut keine Kritik an den Bezirksausschüssen!!! Die Bezirksausschüsse können letztlich nur einzelne, konkrete Standorte bewerten, diese ggf. ablehnen und darauf hinwirken, dass bestimmte Lagen (Schulen, Kindergärten) gemieden werden. Ihnen ist es aber nicht möglich, eine übergreifende Planung voranzutreiben oder fachlich sinnvollere Alternativstandorte zu benennen.

Neben der Behandlung in den Bezirksausschüssen bedarf es von Seiten der Landeshauptstadt München einer stadtweiten Koordination. Nur so kann die Stadt - im Rahmen ihrer bestehenden Möglichkeiten - effektiv und effizient Einfluss auf die Standortwahl nehmen. Dafür sachlich zuständig ist das Referat für Gesundheit und Umwelt, das bereits mit Experten im Mobilfunkbereich unterstützend aktiv ist.

Auch soll eine negative Bewertung des Nutzers einer städtischen Liegenschaft nicht automatisch dazu führen, dass die Landeshauptstadt diesen Standort nicht zur Verfügung stellt, wenn dieser aus gesamtstädtischer Sicht als sinnvoll erachtet wird.

Bisher schweigt die Stadtspitze zu all meinen Argumenten und tut mal wieder nichts.

Sonderflughafen Oberpfaffenhofen

Oberpfaffenhofen ist in erster Linie ein High-Tech-Standort mit weltweit enormem wissenschaftlichen Ansehen und einer Perspektive für zukunftsfähige Arbeitsplätze für unsere Region.

Gerade auch, um die DLR am Standort Oberpfaffenhofen zu halten und neuen Schwerpunkten, wie dem Galileo-Projekt, den Boden zu bereiten, war es richtig, den Bestand des Sonderflughafens Oberpfaffenhofen im Landesentwicklungsprogramm zu sichern. Wer sich vor Ort umsieht, wird erkennen, dass die Mär unter anderem von Touristen-, Charter- und Frachtflügen eine der zahlreichen SPD-Lügen ist und sonst nichts.

Die EDMO rechnet in einer insgesamt sehr optimistischen Prognose mit bis zu 16.000 Instrumentenflugbewegungen; die maximal hälftig über Münchner Territorium erfolgen werden, da alle Abflüge nicht Richtung München stattfinden. Hubschrauberflüge oder Sportflüge, wie sie jetzt bereits stattfinden, werden nach Sichtflugbedingungen München nicht tangieren. Aber auch diese 16.000 Instrumentenflugbewegungen, wenn sie denn kommen, sind nicht neu: Bereits jetzt finden ja im Rahmen des Werksflugverkehrs genehmigte Flüge aus Richtung München statt. Im neuen Bereich des "qualifizierten Geschäftsreiseflugverkehrs" werden, aller Wahrscheinlichkeit nach, nicht mehr als 4 zusätzliche Flüge Richtung Aubing pro Tag zustande kommen.

Wir als Aubinger haben zu Zeiten von Fairchild Dornier bereits mit ganz ähnlichen Flugzahlen in Oberpfaffenhofen gelebt, damals waren es ca. 25.000 pro Jahr, und wir haben davon fast nichts mitbekommen.

Die vorgelegten TÜV-Gutachten, die in den betroffenen Gemeinden auch öffentlich ausgelegt wurden, zeigen die fehlende Betroffenheit Münchens - auch für die von der EDMO beantragten Änderungen. Hier ist weder vom Lärm her, noch von der Luftqualität für München irgendeine relevante Auswirkung zu erwarten. Das sieht auch das von der LH München eingeholte Rechtsgutachten nicht anders.

Hintergrund ist unter anderem auch, dass die vorgesehene Flugroute bei Aubing gar nicht über besiedeltes Gebiet führt, sondern im Bereich der Aubinger Lohe verläuft. Ich habe mich übrigens auch für die Beibehaltung des Nachtflugverbots eingesetzt, was jetzt auch völlig unstrittig ist (- Nachtzeit beginnt luftrechtlich um 22.00 Uhr).

Ausbauphantasien für Oberpfaffenhofen als Verkehrsflughafen gibt es weder seitens des Betreibers, noch seitens der Staatsregierung. Sie werden aber auch im Landesentwicklungsprogramm 2006 klar verneint. Im Vordergrund steht die Sicherung des vorhandenen Betriebs und der Arbeitsplätze durch eine vertretbare Ausbauperspektive.

Wir wollen, wenn der Schutz der Umwelt und der Gesundheit sicher gestellt ist, sinnvolle Infrastrukturprojekte und wirtschaftliche Entwicklungen nicht verhindern. Genauso sind wir aber in der Verantwortung für die Umwelt und Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger. Wir haben diese eingefordert und wir werden auch in Zukunft uns für die Belange der Bürger einsetzen.

Anträge im Bayerischen Landtag

Politisch konkret mitgestaltet habe ich unter anderem auch diverse Landtagsanträge in der laufenden Legislaturperiode:

Antrag:

- Aufwendungen für Kontingentflüchtlinge (Drs. 15/753 vom 01.04.2004)
- Drei Anträge Moderne Steuerungsinstrumente (I, II und III) (Drs. 15/1007, 15/1008 und 15/1009 vom 13.05.2004)
- Neukonzeption eines ressortübergreifenden Immobilienmanagements (Drs. 15/2158 vom 25.11.2004)
- Änderung des § 18 des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) (Drs. 15/2362 vom 10.12.2004)
- Überprüfung der Zuständigkeitsverteilung nach dem Gesetz zur Ausführung des Sozialgesetzbuches (AGSGB) (Drs. 15/2716 vom 03.02.2005)
- Public Private Partnership; I: Überprüfung der erforderlichen Rechtsänderungen; II: Ausweitung der Experimentierklausel für PPP-Projekte; und III: PPP-Pilotprojekte (Drs. 15/2757, 15/2758 und 15/2759)

Änderungsanträge:

- Änderungsanträge zum Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2004 (Drs. 15/490, 15/491, 15/493, 15/517, 15/518, 15/521, 15/531 und 15/532)
- Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2003/2004 (Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2004) Drs. 15/252 (Drs. 15/492 vom 25.02.2004)
- Änderungsanträge zum Haushaltsplan 2005/2006 (Drs. 15/1937, 15/2084, 15/2086, 15/2113, 15/2116, 15/2306, 15/2298, 15/2474)
- Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2005 und 2006 (Haushaltsgesetz - HG - 2005/2006) hier: Streichung von Art. 11 des Haushaltsgesetzes (Drs. 15/2085 vom 16.11.2004)

Dringlichkeitsanträge:

- Mehr Gestaltungsmöglichkeiten für die Länder - Ablehnung neuerlicher Steuererhöhungspläne von SPD und Grünen (Drs. 15/49 vom 26.11.2003)
- Stabilisierung der Kommunalfinanzen durch Sofortprogramm und Ausgabenentlastung (Drs. 15/57 vom 27.11.2003)
- Nationaler Stabilitätspakt: Keine Haftung Bayerns für die Verschuldung des Bundes und anderer Länder (Drs. 15/99 vom 09.12.2003)
- Forderungen zum Europäischen Verfassungsvertrag (Drs. 15/105 vom 09.12.2003)
- Sozialhilfeausgleich nach Art. 15 FAG an die Bezirke als Schwerpunkt im Kommunalen Finanzausgleich 2004 (Drs. 15/231 vom 28.01.2004)
- Modernisierung der Verwaltung in Bayern - bürgernäher, schlanker und effizienter (Drs. 15/309 vom 11.02.2004)
- Die bayerischen Grenzregionen im Zuge der EU-Osterweiterung stärken (Drs. 15/785 vom 21.04.2004)
- Die Kommunen wie versprochen entlasten - "Hartz IV" korrigieren (Drs. 15/788 vom 21.04.2004)
- Arbeitsmarkt flexibilisieren (Drs. 15/1292 vom 29.06.2004)

- Bewährte bayerische Finanzverwaltung beibehalten - Ablehnung einer Bundessteuerverwaltung (Drs. 15/1468 vom 20.07.2004)
- Strikte Einhaltung europäischer Verpflichtungen (Drs. 15/1695 vom 29.09.2004)
- Reform des Föderalismus (Drs. 15/1807 vom 19.10.2004)
- Defiziten bei der Postversorgung gegensteuern (Drs. 15/2211 vom 30.11.2004)
- Möglichkeiten eines Systemwechsels bei der Umsatzsteuer prüfen (Drs. 15/2375 vom 14.12.2004)
- Einführung von Studiengebühren in Bayern (Drs. 15/2609 vom 26.01.2005)
- Keine Lockerung des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts (Drs. 15/2615 vom 26.01.2005) mit Änderungsantrag (Drs. 15/3071 vom 04.04.2005)
- Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen (Drs. 15/2764 vom 15.02.2005)
- EU-Verfassungsvertrag ratifizieren - Rechte der Länder stärken (Drs. 15/2767 vom 15.02.2005)
- Ablehnung des Entwurfs für ein Antidiskriminierungsgesetz - Gesetzentwurf an Grundwerten und Lebenswirklichkeit orientieren (Drs. 15/2770 vom 15.02.2005)
- Kriterien für stationäre Posteinrichtungen flexibler und nachfragegerechter ausgestalten (Drs. 15/2922 vom 02.03.2005)
- Verbesserung der EU-Chemikalien-Verordnung (REACH) (Drs. 15/3083 vom 05.04.2005)
- Besteuerung von Wohnmobilen (Drs. 15/3086 vom 06.04.2005)
- Faire Rahmenbedingungen für die heimische Wirtschaft schaffen - Lohndumping verhindern (Drs. 15/3207 vom 20.04.2005)
- Sachgerechte Regelung der EU-Arbeitszeit-Richtlinie (Drs. 15/3210 vom 20.04.2005)
- EU-Förderung im Rahmen des Europäischen Technologieinstituts (EIT) (Drs. 15/3213 vom 20.04.2005)
- Vertrag über eine Verfassung für Europa (Drs. 15/3348 vom 10.05.2005)
- Bund vernachlässigt Schienenverkehrsinfrastruktur in Bayern (Drs. 15/3351 vom 10.05.2005)
- Bedingungen für strukturschwächere Regionen in Bayern bei den anstehenden EU-Strukturfondsverordnungen für 2007 bis 2013 verbessern (Drs. 15/3507 vom 08.06.2005)
- Mehr Wettbewerb und weniger Bürokratie beim Energiewirtschaftsrecht (Drs. 15/3510 vom 08.06.2005)
- Sozial ist, was Arbeit schafft (Drs. 15/3845 vom 19.07.2005)
- Mitfinanzierungsangebot der Schweiz für die Elektrifizierung der Schienenstrecke Geltendorf - Lindau annehmen (Drs. 15/3851 vom 19.07.2005)
- Einführung des Digitalfunks zügig vorantreiben (Drs. 15/3969 vom 23.08.2005)
- Mehr Wettbewerb im Energiesektor - für eine klimaschonende und preisgünstige Energieversorgung in Bayern (Drs. 15/4019 vom 28.09.2005)
- Beschleunigung des Hochwasserschutz-Aktionsprogramms 2020; Zusätzliche Mittel zur Hochwasserschadensbeseitigung und zum Hochwasserschutz (Drs. 15/4027 vom 29.09.2005)
- Förderkulisse für Nord- und Ostbayern sichern (Drs. 15/4116 vom 18.10.2005)

Pressespiegel

Im folgenden Teil meines Rechenschaftsberichts habe ich Ihnen einen Pressespiegel über die letzten beide Jahre beigelegt.

Er dokumentiert in ausführlicher Weise meine Arbeit auf Landesebene, wie auch vor Ort im Wahlkreis und soll Ihnen damit einen Überblick über meine unterschiedlichen Arbeitsbereiche geben.

Pressemitteilungen

Sämtliche von mir versandten Pressemitteilungen sind nachlesbar unter www.otmar-bernhard.de.

Was war sonst noch?

„Der Braunbär JJ1 ist um 4.50 Uhr erschossen worden. Der Bär war ein unkalkulierbares Sicherheitsrisiko.“ teilte ich am 26.06.06 der Öffentlichkeit mit. Ich bedauerte den zur Gefahrenabwehr notwendigen Abschuss. Der Bär hatte sich leider zum Problembär entwickelt. Der Medienrummel und die Zuschriften waren teils unerträglich.

Was mich wirklich freut

Gemeinsam ist es gelungen, was uns 2003 nicht viele Beobachter zugetraut hätten. Wir haben eine weitestgehend geeinte CSU München, einen einstimmig nominierten Oberbürgermeisterkandidaten, eine attraktive Stadtratsliste und alle Chancen zu erreichen, dass in dieser schönen Stadt nicht mehr gegen die CSU regiert werden kann. Wir spüren den Aufwind.

Dank

Politik und politischer Erfolg ist ein Gemeinschaftswerk. Ich danke deshalb allen Mandatsträgern und Funktionsträgern in der Partei und allen Mitgliedern für die gute Zusammenarbeit, das Vertrauen sowie für Anregungen und die Unterstützung auch meiner Arbeit.